Peter A. Windel: *OMG – German Legal Dogmatics! Beiträge zum internationalen Rechtsdialog*, Nomos Verlag, 2020, ISBN 978-3-8487-7812-6, 284 Seiten.

*BU Yuanshi*¹

I.

Die vorliegende Vortragssammlung von Peter A. Windel ist aus meiner Sicht ein besonderes Werk in dreierlei Hinsicht:

Zunächst besteht der Inhalt aus Vorträgen in deutscher Sprache, die bislang nur in übersetzter Form außerhalb Deutschlands publiziert worden sind. Mit anderen Worten sind diese Beiträge speziell für ausländische Zielgruppen konzipiert, im Gegensatz zu der üblichen Praxis im internationalen Austausch, dass man auf vorveröffentlichte Beiträge zurückgreift. Bei der aus dem Deutschen ins Chinesische übertragenen Rechtsliteratur früherer Zeit finden sich durchaus gelegentlich, primär in den 1990er Jahren, derartige für chinesische Leser maßgeschneiderte Beiträge, welche allenfalls nachträglich, i. d. R. aber gar nicht in Deutschland publiziert wurden. Dies ist an sich bedauerlich, denn gerade solche maßangefertigten Vorträge sind geeignet, Schlaglichter auf den Interessenbereich ausländischer Leser für das deutsche Recht zu werfen. Es mag sein, dass manche Fragen im deutschen Kontext trivial erscheinen oder als längst erledigt gelten, weshalb es schwierig war, die entsprechenden Vorträge in Deutschland zu veröffentlichen. Allerdings ist es eben in solchen Fällen interessant zu erfahren, warum diese Themen des deutschen Rechts in fremden Rechtsordnungen als diskussionswürdig angesehen werden.

Der vorliegende Sammelband offenbart beispielweise eindrücklich das starke Interesse der ostasiatischen Leserschaft an der deutschen Rechtsdogmatik sowohl als eine allgemeine Denk- und Arbeitsweise als auch als Werkzeug zur Beantwortung konkreter Rechtsfragen.

Vom Format her ist der Windelsche Band daher eine Premiere. Es bleibt zu hoffen, dass darauf weitere Werke dieser Art folgen werden.

Zweitens geht Windel in den Vorträgen auch jeweils auf die Rechtsordnungen der Gastgeber ein. Dies zeigt das genuine Interesse des Verfassers an Gesprächen mit den lokalen Zuhörern, selbst wenn eine tiefer gehende Beschäftigung mit dem fremden Recht mangels in westlichen Sprachen hinreichend verfügbarer Primärliteratur oft erschwert wird. Das große Engagement, welches Mehraufwand mit sich bringt,

und die Offenheit für die fremde Rechtskultur werden von den Gastgebern und Zuhörern besonders geschätzt. Auch der Erläuterung im Vorwort zu den Gründen für die Verwendung der deutschen Sprache als Vortragssprache kann uneingeschränkt zugestimmt werden. Gerade die Diskussion über dogmatische Themen verlangt ausdifferenzierte Begrifflichkeiten, die oft keine präzisen Entsprechungen in englischsprachigen Terminologien finden. Da Rechtskonzepte der ostasiatischen Rechtskulturen aufgrund der Rezeptionsgeschichte dem deutschen Recht näherstehen, ist der Austausch mit dortigen Juristen in der deutschen Sprache unter Beiziehung von fachkundigen Übersetzern sogar einfacher.

Drittens ist der Verfasser bestrebt, möglichst effizient auf die Wissensbedürfnisse der Zuhörer zuzugehen. Mit klarer Gliederung und Sprache werden die Kernargumente und eigenen Auffassungen präsentiert. Der kompakte Argumentationsvorgang trägt zu mehr Übersichtlichkeit der Vorträge bei. Zu den umstrittenen Fragen des fremden Rechts wird in einem unpräzisen Stil Stellung bezogen. Insgesamt ist ersichtlich, dass der Verfasser gut mit Hintergrundinformationen zu den besprochenen Fragen des ostasiatischen Rechts versorgt ist und sich somit darauf ausrichten kann.

II.

Nachfolgend werden für die konkrete Besprechung diejenigen Vorträge aufgegriffen, welche für die chinesische Leserschaft verfasst sind oder zumindest auch im chinesischen Kontext hohe Relevanz aufweisen.

1. Rechtsdogmatik

In den ersten beiden Beiträgen werden die Eigentümlichkeiten der dogmatischen Methode der deutschen Rechtswissenschaft und der deutschen Gesetzeskommentierungen aus historischer und funktionaler Sicht herausgearbeitet. Dabei ist die Frage des Verhältnisses zwischen der Rechtsdogmatik und der juristischen Methodenlehre (S. 19 f.) im chinesischen Kontext besonders umstritten und aktuell. Dazu werden mehrere aufschlussreiche Anhaltspunkte vorgestellt. Da die Methode der Rechtsdogmatik im deutschen Recht selbst durch die jüngsten Monografien² ebenfalls noch nicht vollständig geklärt werden kann, werden weitere erhellende Erkenntnisse aus Deutschland in China mit Spannung erwartet.

Begrüßenswert in dem Beitrag zur deutschen Kommentarkultur ist die Erörterung über die Wissenschaftlichkeit der Kommentierungstätigkeit (S. 41). Dies wird

¹ Professorin der Universität Freiburg. Die Autorin dankt Herrn Dr. Peter Leibkühler für die sorgfältige Durchsicht des Manuskripts und die wertvollen Korrekturvorschläge.

² *Christian Bumke*, Rechtsdogmatik: eine Disziplin und ihre Arbeitsweise – zugleich eine Studie über das rechtsdogmatische Arbeiten Friedrich Carl von Savignys, 2017; *Jannis Lennartz*, Dogmatik als Methode, 2017.

in China bei der Einführung von Gesetzeskommentaren als neue Literaturgattung nach deutschem Vorbild deswegen erörtert, da in China über die Kritik in der deutschen Rechtswissenschaft an der fehlenden Sinnhaftigkeit unwissenschaftlicher Kommentierung viel berichtet wurde.

2. Kodifikation des Zivilrechts in China

Spannend ist der Fragenkatalog der Rechtsarbeitskommission des chinesischen nationalen Volkskongresses für die Ausarbeitung eines chinesischen Zivilgesetzbuchs (ZGB) (S. 55 f.), welcher einen Einblick in die Auseinandersetzung des chinesischen Gesetzgebers mit ausländischen Rechtskonzepten ermöglicht. Solche Fragelisten werden im Austausch mit chinesischen Juristen oft im Vorfeld als Orientierung für die Vorbereitung eigener Referate aufgestellt, allerdings werden sie selten publiziert. Freilich wären gewisse Vorkenntnisse hilfreich, um die Gründe dafür, weshalb diese Fragen gestellt werden, besser nachzuvollziehen. Das chinesische ZGB³ kennt nämlich keine Definition für Begrifflichkeiten wie Sache, Bestandteil und Zubehör, diese Begriffe werden nicht einmal im Gesetz erwähnt.

Eine dieser Fragen betrifft den Umgang mit zwingenden Bestimmungen, der im chinesischen Recht große Schwierigkeiten bei der Rechtsanwendung bereitet. Vor allem wird Gerichten in der chinesischen Literatur vorgeworfen, dass die Feststellung, ob eine zwingende Bestimmung vorliegt oder nicht, allzu häufig rechtsfolgenorientiert erfolgt. Aus diesem Grund wird die Frage nach allgemeinen Kriterien im deutschen Recht zur Feststellung von gesetzlichen Verboten gestellt (S. 78 f.). Im Gegensatz zum deutschen Recht kennt das chinesische Recht den Ausschluss der Rückforderung im Falle einer beiderseitigen Nichtigkeit nicht (S. 80). Das deutsche Recht hat bei der Regelung der Verjährung (S. 81 ff.) bzw. des Persönlichkeitsrechts (S. 93 ff.) im chinesischen ZGB entweder Pate gestanden oder als Gegenmodell Beachtung gefunden.

Selbstverständlich kann der chinesische Gesetzgeber auch andere Quellen wie chinesische Übersetzungen deutscher Rechtsliteratur oder chinesische Originalwerke zum deutschen Recht heranziehen. Die Einholung von Informationen bei deutschen Rechtswissenschaftlern kann aber als eine Rückversicherung dienen, um die jeweils aktuelle deutsche Rechtslage frei von Missverständnissen für die chinesische Gesetzgebung abzubilden.

3. Willensmängel

In dem Beitrag über die Willensmängel dürfte sich der chinesische Gesetzgeber durch die Bewertung des Verfassers bestätigt fühlen, dass Regelungen zum geheimen Vorbehalt (S. 102, 122) und zur Scherzerklärung für unnötig gehalten werden, da diese nach dem Verfasser aus einer normativen Auslegung heraus abgeleitet werden können. Diese Auffassung wird auch

z. B. in der chinesischen Literatur vertreten.⁴ Andererseits kann die Kodifikation dieser Rechtsfiguren für die Rechtssicherheit vorteilhafter sein als dogmatische Erkenntnisse. Der vom Verfasser vermutlich im Hinblick auf einen Entwurf des AT ZGB angesprochene Schutz gutgläubiger Dritter bei mangelnder Ehrlichkeit (S. 122) wurde schlussendlich gestrichen, da dieser Drittschutz ohnehin nicht hätte funktionieren können.⁵ Die Kritik von Windel an der Regelung zum Wuchergeschäft⁶ ist durchaus nachvollziehbar (S. 124). Die Anordnung der Anfechtbarkeit ist vielmehr eine Fortsetzung der Tradition des chinesischen Rechts, die zur möglichen Aufrechterhaltung des Vertrags dienen soll. Außerdem ist aus vergleichender Sicht die Anfechtbarkeit des Wuchergeschäfts keine Ausnahme;⁷ so ist etwa bei § 138 BGB eine Tendenz zur geltungserhaltenden Reduktion des Rechtsgeschäfts zu beobachten.⁸ Bei der Teilnichtigkeit unterscheidet sich die geltende Fassung des § 156 AT ZGB m. E. nicht substantiell von § 139 BGB, was im Umkehrschluss belegt, dass die Kritik des Verfassers an dem seiner Ausführung zugrunde liegenden Entwurf berechtigt war (S. 126).⁹

Insgesamt ist der Teil zum chinesischen Recht etwas verwirrend, da anscheinend nicht die endgültige Fassung des verabschiedeten AT ZGB, sondern ein Zwischenentwurf zugrunde gelegt wurde, obwohl der Gegenstand der Kommentierung des Verfassers die Endfassung des AT ZGB sein soll. Es wäre jedenfalls hilfreich, die deutsche Übersetzung der kommentierten Paragraphen des AT ZGB dem Vortrag beizulegen, damit der deutsche Leser die Kritik leichter verstehen kann.

4. Struktur des Schuldrechtsbuchs

Das chinesische ZGB kennt keinen Allgemeinen Teil des Schuldrechts, kodifiziert stattdessen ein Kapitel zur Zivilhaftung. Damit weicht das ZGB strukturell von europäischen Vorbildern ab (S. 131). In den Beiträgen „Allgemeines Schuldrecht im System des Zivilrechts“ und „Haftung aus Vertrag und aus Delikt“ wird das chinesische Modell aus rechtsvergleichender Sicht einer kritischen Bewertung unterzogen. Im Ergebnis ist

⁴ *Bu*, Chinese Civil Code – The General Part, 2019, Kap. 11, Rn. 59 f.

⁵ *Bu* (Fn. 4), Kap. 11, Rn. 21 ff.

⁶ „Denn die inhaltliche Fehlerhaftigkeit des Geschäfts steht bei § 151 AT fest, weil die ‚auffällige Unverhältnismäßigkeit‘ zum Tatbestand des Wuchers gehört. Deshalb ist kein Fall denkbar, in dem der Geschädigte ein Interesse daran haben könnte, am Geschäft festzuhalten.“

⁷ Für diesen Hinweis dankt die Autorin Prof. He Jian; zu den Einzelheiten vgl. *He Jian* (贺剑), A Commentary on Art. 54 I 2 of the Contract Law: The Doctrine of Unconscionability (《合同法》第54条第1款第2项(显失公平制度)评注), in: *The Jurist* (法学家) 2017/1, S. 166.

⁸ *MüKoBGB/Armbrüster*, 8. Aufl. 2018, BGB § 138 Rn. 158–161.

⁹ Die geltende Fassung lautet: „§ 156 [Teilunwirksamkeit] Ist ein Teil des Zivilrechtsgeschäfts unwirksam, ohne dass das die Wirkung der anderen Teile beeinflusst, so bleiben die anderen Teile wirksam.“ Dagegen lautet die von Windel zitierte Fassung: „[...] die sonstigen Teile eines Zivilrechtsgeschäfts [bleiben] wirksam, wenn ein Teil unwirksam ist“. Diese Fassung kritisiert Windel mit den Worten: „Die Aufrechterhaltung des Teils eines Rechtsgeschäfts hat nämlich nur dann Sinn, wenn dieser Teil überhaupt als selbständiges Zivilrechtsgeschäft bestehen kann.“

³ 中华人民共和国民法典, verabschiedet am 28.5.2020, in Kraft seit 1.1.2021, chinesisch-deutsche Übersetzung in: *ZChinR* 2020, S. 207 ff.

der Auffassung des Verfassers zuzustimmen, dass „es in China schwieriger sein dürfte, eine allgemeine Dogmatik des Schadensausgleichs zu entwickeln“.

Zu den Fragen der Konkurrenzen dürfte m. E. der letzte Teil über prozessuale Probleme für chinesische Leser besonders aufschlussreich sein, da darüber in China kontrovers diskutiert wird.¹⁰ Hier hätte eine ausführlichere Diskussion noch gewinnbringender ausfallen können, denn ein chinesischer Leser kann nicht ohne Weiteres nachvollziehen, weshalb alle genannten fünf materiellrechtlichen Ansprüche in dem Beispielfall einen Streitgegenstand bilden (S. 154). Denn anders als im deutschen Recht gehört die geltend gemachte Anspruchsgrundlage im chinesischen Recht ebenfalls zum Klagebegehren. Es ist daher in China fremd, dass der behauptete prozessuale Anspruch (also ein Streitgegenstand) mehrere materiellrechtliche Ansprüche umfassen kann. Selbstverständlich würde die chinesische Streitgegenstandstheorie, welche den materiellen Anspruch als Abgrenzungskriterium nimmt, dazu führen, dass der Kläger theoretisch aufgrund desselben Lebenssachverhalts mehrfach gegen denselben Beklagten klagen könnte. Diese Doppelklage wird dadurch verhindert, dass der Kläger grundsätzlich eine verbindliche Wahl zwischen den Anspruchsgrundlagen treffen muss.

5. Mehrheit von Schuldnern und Gläubigern

Die Mehrheit von Schuldnern und Gläubigern ist grundsätzlich im Schuldrecht AT zu verorten. Mangels eines Schuldrecht AT sind entsprechende Regelungen im chinesischen ZGB im Vertragsrechtsbuch untergebracht. Der Verfasser hat auf mehrere Konzeptionsschwächen des chinesischen ZGB in diesem Bereich, vor allem dessen Unübersichtlichkeit (S. 188 f.), hingewiesen.

Besonders interessant sind zwei Erkenntnisse des Verfassers: zum einen die zutreffende Kritik an der Regelung des § 178 Abs. 3 des chinesischen ZGB (S. 190 f.), wonach eine Gesamtschuldnerschaft nur bei besonderer Vereinbarung oder gesetzlicher Anordnung angenommen werden kann. Diese Vorschrift ist günstig für die Schuldner, aber nachteilig für den Gläubiger, insbesondere in Deliktsfällen.

Zum anderen ist der am Schluss vorgenommene Vergleich mit einer gestuften Haftung im deutschen Recht (S. 191) zu erwähnen. Im chinesischen Recht haftet der Bürge ohne ausdrückliche Vereinbarung ebenfalls nicht als Gesamtschuldner (§ 686 Abs. 2 des chinesischen ZGB). Als treffende dogmatische Bezeichnung für das Verhältnis zwischen dem Bürgen und dem Schuldner kommt im chinesischen Recht wohl die ergänzende Haftung (补充责任) oder die unechte Gesamtschuld (非真正连带债务) in Betracht.¹¹ In einem Beispielfall (S. 185)¹² eines Kunstdiebstahls spricht sich

¹⁰ *Bu* (Fn. 4), Kap. 17, Rn. 56 ff.

¹¹ Zu diesem Begriff vgl. *Bu*, in: *Bu* (ed.), *Chinese Civil Law*, 2012, Kap. 10, Rn. 22 ff.

¹² „Kunstsammler S hat ein Bild für eine Ausstellung des A zur Verfügung gestellt; A versichert das Bild bei V, das Bild wird von

der Verfasser gegen eine gesamtschuldnerische Haftung aus. Die Lösung nach dem chinesischen Recht würde anders ausfallen, wobei der Dieb und der Entleiher im Außenverhältnis auch nach dem deutschen Recht als Gesamtschuldner haften.

Zwar erscheint es sinnvoll, dass der Dieb und der Aussteller/ Entleiher im Außenverhältnis gegenüber dem Eigentümer als Gesamtschuldner haften, denn sowohl der Dieb als auch der Aussteller haben den Verlust der Gemälde wirtschaftlich zu ersetzen. Der Umstand, dass der eine fahrlässig und der andere vorsätzlich gehandelt hat bzw. der eine deliktisch und der andere vertraglich haften muss, soll der Annahme der Gesamtschuld nicht entgegenstehen. Allerdings findet man im chinesischen Recht keine gesetzliche Vorschrift, die eine Gesamtschuldnerschaft für diesen Fall vorschreibt. Da eine für die Annahme einer Teilschuld gemäß § 177 ZGB erforderliche gesetzliche Bestimmung fehlt, haften der Dieb und der Aussteller gegenüber dem Eigentümer auch nicht anteilig. Einen Ausweg könnte § 1198 des chinesischen ZGB bieten, wonach der Dieb primär haften und der Aussteller ergänzend haften muss, was im Grunde genommen im Außenverhältnis gegenüber dem Eigentümer einer Anteilshaftung gleichkommt.

Daher würde das Fehlen der Terminologie der gestuften Haftung nicht zwangsläufig zu einer vermehrten Annahme einer Gesamtschuld führen, wie der Verfasser dies postuliert hat. Ganz im Gegenteil kommt die Annahme der Gesamtschuld zur Bewältigung relevanter Fälle in China wohl viel seltener in Betracht, da die Gesamtschuld nach § 178 Abs. 3 des chinesischen ZGB nur bei ausdrücklicher Vereinbarung oder spezifischer Gesetzesbestimmung bejaht werden kann und nicht wie im deutschen Recht durch eine Wertung im Einzelfall festgestellt wird.

6. Notwendigkeit eines HGB

Im Zuge der Schaffung eines chinesischen ZGB drängt sich die Frage nach der Notwendigkeit einer Kodifikation des Handelsrechts auf. Der Beitrag „Brauchen wir ein Handelsgesetzbuch“ (S. 193 ff.) hat diese Frage anhand der Entwicklung des deutschen Handelsrechts beantwortet und hält ein eigenständiges HGB für nicht mehr zeitgemäß. Stattdessen wären eine Kodifikation des Unternehmensträgerrechts und die Einführung spezialisierter Handelsgerichte wünschenswerter.

Ein vergleichbarer Vorschlag wird derzeit in China noch nicht unterbreitet. Vielmehr scheint ein abgespecktes HGB, welches aus der Kodifikation des Handelsstandes und der des Handelsgeschäfts besteht, im gesamten Meinungsspektrum das konsensfähigste zu sein. Dabei bleibt noch zu klären, wie dieses gekürzte HGB zu den bisherigen handelsrechtlichen Spezialgesetzen stehen soll. 2018 kamen zwei internationale Handelskammern beim Obersten Volksgericht in China zu den bestehenden Kammern für Wirt-

D gestohlen, was u. a. dadurch möglich war, dass A leicht fahrlässig Sicherungsmaßnahmen unterlassen hat.“

schaftssachen bei den gewöhnlichen Gerichten hinzu, insofern nähert sich die Entwicklung in China dem europäischen Modell weiter an (S. 206).

7. Beweislast

Die Frage der Beweislast im chinesischen Recht wird durch die Normentheorie von Leo Rosenberg stark beeinflusst (S. 215). Angewandt auf den AT ZGB hat der Beitrag „Beweislast im Zivilrecht“ Lösungsansätze zu einem in China erörterten Fall skizziert (S. 216). Die darauffolgende Diskussion nimmt aber keinen Bezug mehr auf das festlandchinesische Recht, was schade, aber auch verständlich ist, da der Fokus dieses Beitrags auf dem Verbraucherschutzrecht liegt.

III.

Aus meiner Sicht wäre ein Abkürzungsverzeichnis zu ergänzen, da sich die verwiesenen Regelwerke wie EchZGB (S. 188)¹³ nicht ohne Weiteres aus sich heraus erschließen lassen und beim AT ZGB und ZGB mehrere Zwischenentwürfe bestehen. Aus diesem Grund wäre ein Nachdruck der jeweils kommentierten Vorschriften für ein besseres Verständnis hilfreich, zumal die Entwürfe in deutscher Sprache sonst auch nicht verfügbar sind.

IV.

Das vorliegende Werk ist in erster Linie an eine ausländische Leserschaft gerichtet, kann aber für einheimische Leser gleichwohl hoch spannend sein. Der Verfasser bietet eine Außenansicht auf das deutsche Recht an und liefert erhellende Gedankenansätze zu den umstrittensten Fragen des ostasiatischen Rechts. Möge auch der Leser mit einigen seiner Stellungnahmen zum chinesischen Recht nicht einig sein, so ist Windel doch eine aufschlussreiche Vortragssammlung gelungen. Ausgezeichnet durch möglichst objektive Erörterung der Vor- und Nachteile der deutschen Modelle und dezente Kritik am fremden Recht ist dieses Buch jedem rechtsvergleichend arbeitenden Juristen mit dem Fokus auf Ostasien zu empfehlen.

Karl Pilny: Praxiswissen China – Verhandlungsstrategie, Normen, Vertragsgestaltung, Hanser Verlag, München 2020, ISBN 978-3-446-46479-7, XI, 308 Seiten, 79,99 Euro.

Madeleine Martinek¹

I. Einführung

Es liegt klar auf der Hand: Die Volksrepublik China mit ihrer Innovationskraft im Bereich der Elektromobilität, der Künstlichen Intelligenz und Big Data und ihrer stetig zunehmenden politischen und wirtschaftlichen Macht ist allgegenwärtig. Hinzu kommt, dass China die Corona-Krise schnell in den Griff bekommen hat und als einziges G20-Land aus dem Corona-Jahr 2020 als Sieger hervorgeht – mit einem wirtschaftlichen Plus von etwa zwei Prozent im Vergleich zum Jahr 2019. China ist als *global player*, von dem die deutsche Wirtschaft stark abhängig ist, wie die Corona-Krise gezeigt hat, nicht mehr wegzudenken. Und doch unterschätzen noch immer viele europäische Unternehmen den wirtschaftlichen Aufschwung Chinas oder wissen nicht, wie sie mit dem komplexen Land China, das zunehmend nicht mehr nur Handelspartner, sondern auch Wettbewerber wird, umgehen sollen. Dabei sind – wie Karl Pilny hervorhebt – mehr als 8.000 deutsche Unternehmen mit rund 35.000 deutschen Experten in China tätig und bereits 1.000 chinesische Unternehmen in Deutschland aktiv. Um Chinas Markt- und Weltmacht besser nachvollziehen und im Chinageschäft erfolgreich bestehen zu können, ist es unerlässlich, sich mit diesem facettenreichen Land auseinanderzusetzen. Genau diese Asien- und Chinaexpertise kann der Autor dieses Werks, Wirtschaftsanwalt und Unternehmensberater, vorweisen und hat dies bereits in zahlreichen Büchern und Interviews lebendig und anschaulich vermittelt.

Sein neuestes Werk erscheint zu einem spannenden Zeitpunkt in der Weltgeschichte, geprägt vom chinesisch-amerikanischen Handelskonflikt, der Neuen Seidenstraße, der Corona-Pandemie, dem chinesischen (Corporate-)Sozialkreditsystem und der „Made in China 2025“-Strategie. Karl Pilny greift diese Ereignisse und die sich daraus entwickelnde Dynamik Chinas auf und setzt sie in Zusammenhang mit den Herausforderungen des Chinageschäfts, ohne dabei den Blick auf die Geschichte und Kultur Chinas zu verlieren. Denn die geschichtlichen, gegenwärtigen und zukünftigen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten Chinas haben nicht nur Einfluss auf die Weltpolitik und die zwischenstaatlichen Beziehungen, sondern auch auf das Chinageschäft und die damit verbundenen Verhandlungsstrategien. Karl Pilny hat das große Ganze im Blick wie auch den einzelnen Unternehmer, der sich in diesem

¹³ Nach der chinesischen Übersetzung soll es der Entwurf der zweiten Lesung sein.

¹ Dr. Madeleine Martinek, LL. M., LL. M. oec. (Nanjing), ehem. Leiterin der Rechtsabteilung der deutschen Auslandshandelskammer Peking, zurzeit Rechtsanwältin in Peking.